

Zustimmung ohne Bürgerumfrage

*Flächennutzungsplan:
Gemeinderat folgt dem Entwurf*

Von Doris Weber

Dossenheim. In jüngster Sitzung hat der Gemeinderat seine Stellungnahme zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans abgegeben. Ergebnis: Die Mehrheit – bestehend aus den anwesenden Mitgliedern der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Freien Wähler – entschied sich für eine Zustimmung zu dem vom Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim vorgestellten Vorentwurf. Die vier anwesenden Mitglieder der Fraktion der Grünen stimmten dagegen (siehe Artikel links).

Die Freien Wähler wünschten vor der nun folgenden Offenlage eine Überarbeitung der „Flächenstreckbriefe“. Sie wird nach einer – aufgrund einer Enthaltung – zunächst eingetretenen Pattsituation mit dank der Stimme des Bürgermeisters eingefordert. Ein Antrag der Grünen nach einer „repräsentativen Bürgerbefragung“ zur Ausweisung des Gebiets „Augustenbühl“ wurde mehrheitlich mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

In der Diskussion weitgehend unbeachtet geblieben ist die Vorratsfläche zur Erweiterung des Gewerbegebiets „Süd“ hinter dem Feuerwehrgerätehaus. Ein Gebiet über insgesamt sechs Hektar. Ein Teil davon befindet sich derzeit in der Umlegung. Der Flächennutzungsplan sieht neu – ähnlich wie im östlichen Norden Richtung Schriesheim – eine Arrondierung vor. Die Gesamtfläche bliebe hier allerdings unverändert.

Entsprechend der engagiert geführten öffentlichen Diskussion gingen die Gemeinderäte in ihren Stellungnahmen im Wesentlichen auf die Vorratsfläche „Wohnen“ ein. Manche mit einem kurzen „Ja“, wie Hans-Peter Stöhr (CDU), andere mit ein knapp begründeten „Nein“, wie Thomas Katlun (Grüne). Cornelia Wesch (FW) wiederholte ihr Anliegen nach einer Überprüfung und Aktualisierung des „Flächensteckbriefs“ wie sie es schon einmal getan hatte. Sie betonte die kommunalpolitische Bedeutung als mögliche Entwicklungsfläche, nachdem die „Innenentwicklung vorangetrieben und die Potenziale innerorts weitgehend erschöpft“ seien. Die Reserve sei notwendig.

Ähnlich auch Carlo Bonifer (SPD), der den Aspekt des „sozialen Wohnungsbaus“ in die Waagschale warf. Da die Gemeinde selbst dort Eigentümerin sehr vieler Grundstücke sei, sei dies auch möglich. Er konnte außerdem keine Zersiedelung, sondern nur eine Arrondierung des bereits von Wohnhäusern im Osten, Süden und Westen flankierten Bereichs erkennen. Dann skizzierte er die lokale Geschichte der Flächennutzungspläne als eine „Geschichte der Selbstbeschränkung“. Er nannte einige Beispiele. „Man muss sich einen Entwicklungsrahmen für Wohnen und Gewerbe bewahren“, sagte Hermann Fischer (FDP), den er überdies als „sehr rückhaltend“ einstufte.

Die Idee der repräsentativen Umfrage lehnte er wie die meisten anderen Gemeinderäte ab. Die Argumente: Jeder Bürger hatte in der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und jetzt anschließend während der Offenlage nochmals die Möglichkeit, sich zum Vorentwurf des Flächennutzungsplans zu äußern. Friedeger Stierle, der für die Grünen den Antrag gestellt hatte, erkannte in diesem Instrument neben dem objektivierten Bürgerwillen einen weiteren Vorteil. Ihm ging es auch um die Akzeptanz der Entscheidung und „eine Befriedung des Konflikts“. Vergebens.
